Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Nr. 241 — Sonnabend, den 16. Oktober 1920 — 15. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die ersten amerikanischen Milchkühe sind jetzt unterwegs; sie sollen für Sachsen bestimmt sein. Die Amerikaner haben auch die Transportkosten aufgebracht.

*

Nach einer Meldung hat die deutsche Regierung bereits in einer Vorstellung des Botschafters am 13. d. M. eine Milderung des Spaer Kohlenabkommens bei Frankreich in Anregung gebracht.

*

Auf dem mehrheitssozialdemokratischen Parteitag in Kassel wurde der bisherige Parteivorstand wiedergewählt.

*

Ein Warschauer Telegramm der Havas-Agentur bereitet auf eine französische Intervention in den polnisch-russischen Friedensverhandlungen vor.

Der deutsche Sieg in Kärnten.

„Wunden, die heilen sollen."

er. Es herrscht Freude und Jubel über den Abstimmungssieg in Kärnten. Denn so sind nun mal wir Deutschen in dieser trostlosen Zeit. Wenn es uns nicht ganz schlecht geht, wenn ein kleiner Lichtblick kommt, sind wir schon überglücklich. Eigentlich müßten wir uns sagen, daß die Abstimmung ganz überflüssig, im Grunde nur eine grausame, von den Siegern des Weltkrieges auferlegte Buße für die Kärntner war, und daß die Abstimmung nicht eine einfache, sondern eine überwältigende Mehrheit der Deutschen gebracht hätte, wenn den Jugoslawen, dieser von der Entente erfundenen Nation, nicht so lange Zeit zur Beeinflussung gegeben worden wäre. Denn schon in den vierzehn Monaten, die zwischen der Besetzung des Landes durch die Jugoslawen im Mai 1919 und der Ratifizierung des Friedens von St. Germain am 16. Juli 1920 lagen, hatte die erste Zone eine schwere Leidenszeit durchzumachen. Sie war einem Gegner schutzlos ausgeliefert, der die Verwaltung und Justiz in seinen Dienst nahm, um die Bevölkerung zu terrorisieren, die Schwachen mit den bedenklichsten Mitteln zu sich herüberzuziehen und die Standhaften durch Unterdrückung, Ausweisung und Einsperrung unschädlich zu machen. Wie die von diesem Terror betroffenen Kärntner glauben, ist das Land seit den Türkenkriegen nicht mehr so schlimm drangsaliert worden, als im Laufe des letzten Jahres. Und tatsächlich erscheint es geradezu ungeheuerlich, was in der von den Jugoslawen beherrschten Zone geleistet wurde. Unter dem Standrecht wurde dieses Gebiet vom übrigen Kärnten abgesperrt und jeder Verkehr nach der andern Seite unterbunden. Die Selbstverwaltung wurde völlig beseitigt, die Gemeindevertretung aufgelöst und an die Stelle der abgesetzten Bürgermeister wurden Cerenten gesetzt, slawisch gesinnte Leute, die zum größten Teil aus dem Süden zugewandert waren. Alle diese Maßnahmen lagen in der Hand des jugoslawischen Narodni svet, der als ein Werkzeug in der Hand des Generals Maister und eines Advokaten Dr. Brejc, der früher in Klagenfurt die slowenische Agitation ins Leben rief, angesehen werden muß. Als dann die Ententekommission kam, freudig erwartet von der gequälten Bevölkerung, wurde es nicht viel besser.

Die Jugoslawen, die nichts anderes sind als Serben, nutzten die Gunst der Gönner aus, um die erste Zone, die südliche Zone B (die Abstimmung in der Zone A fällt ja jetzt weg) nach Methoden, die aus den Bandenkämpfen des Balkans stammen, für eine Abstimmung in ihrem Sinne reif zu machen. Von diesen Methoden erzählen die Flüchtlinge, die aus der ersten nach der zweiten, der Klagenfurter Zone massenhaft herübergekommen sind, erzählen einem die Ausgewiesenen, die Intellektuellen, die von den Serben drüben vertrieben wurden, um die Kärntner der ersten Zone ihrer Führer zu berauben und ratlos der Bearbeitung durch die jugoslawische Agitation, die zu zehn vom Hundert mit schäbigen Lockungen, im übrigen mit brutaler Einschüchterung arbeitete. Es ist ihnen nicht gelungen. Kärnten ist deutschösterreichisch, und die Südgrenze des kleingeschlagenen deutschen Gebietes bleibt die hohe Mauer der Karawanken. Es wird ein Treppenwitz der Weltgeschichte werden, daß die weisen Triumvirn in Paris, als sie an ihr Zerstückelungswerk gingen, nicht wußten, wo diese unübersteigliche Karawankenkette liegt. Sie wurden von den schlauen Slowenen in dem Glauben bestärkt, daß das Gebirge sich nördlich von Klagenfurt hinziehe. Als im Jahre 1919 noch rechtzeitig eine amerikanische Untersuchungskommission in Kärnten eintraf, war sie aufs äußerste darüber erstaunt, daß der Wall der Karawanken den Süden Kärntens gegen Slowenien abschließt. Damit wurde die ursprüngliche Absicht, das südliche Kärnten ohne weiteres zu Jugoslawien zu schlagen, vereitelt. Aber schließlich kam die Friedenskommission den slawischen Ansprüchen auf die Nordseite der Karawanken doch weit entgegen. Indem sie eine Abstimmung über die künftige Zugehörigkeit zu Deutschösterreich oder Jugoslawien forderte, warf sie den Erisapfel unter eine Bevölkerung, die sich seit der Karolingerzeit als eine Einheit gefühlt hatte und tatsächlich ebenso durch Blutmischung wie durch gemeinsames Schicksal, wirtschaftliche Interessengemeinschaft und tausend kulturelle Fäden zusammengewachsen war. Nun, da die schwere Probe bestanden ist, sollen die Wunden wieder heilen. Wien ist bei den Kärntnern in der letzten Zeit schlecht angeschrieben gewesen. Es konnte in seiner politischen Ohnmacht nicht helfen. Aber die Wiener und Kärntner müssen jetzt zusammenhalten, sonst kommt das Deutschtum nimmer auf.

F. V. und O. S.

W. W. O. S. ist die bekannte Abkürzung für Oberschlesien. F. V. bedeutet aber nicht, wie man in diesem Zusammenhange vermuten könnte, Französische Vampyre, sondern ist die amtliche Abkürzung für Friedensvertrag. F. V. übersetzt man aber mit Recht Fallenvertrag. Wieder hofft O. S., von der lähmenden Ungewißheit bald befreit zu werden, denn es verlautet, die Abstimmung solle im November stattfinden. Zweifler weisen aber mit Recht darauf hin, daß nach § 4 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrages (F.V.) die Entente den Termin bis zu 18 Monaten nach Amtsantritt der Abstimmungskommission also bis zum 11. August 1921 hinausschieben darf, und sie, insbesondere das in ihr vorherrschende Frankreich, kein Interesse daran hat, dieses Land, das ihre Beamten und Soldaten für ihre ebenso unnütze Tätigkeit wie schädliche Untätigkeit glänzend ernähren muß, eher als unbedingt nötig zu verlassen. Mit der Abstimmung hat aber leider O. S. nicht viel gewonnen, denn über die Zuteilung des Landes entscheidet die Entente selbstherrlich; das Abstimmungsergebnis in den einzelnen Gemeinden so wie die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften sollen dabei Berücksichtigung finden. Diese Bestimmung des § 4 der bereits genannten Anlage ist natürlich ein Freibrief für jede Ungerechtigkeit. Dazu kommt eine weitere Falle: Bis wann die Entente ihre Entscheidung zu treffen hat, ist nirgends bestimmt. Daher kann O. S. noch mit einer jahrelangen Besetzung rechnen.

Die enormen Kosten der fremden Besatzung und Verwaltung werden aus den Einnahmen von O. S. gedeckt. Soweit der F. V. in § 6 der erwähnten Anlage. Wenn aber diese Einnahmen nicht ausreichen, so hat das deutsche Reich für Rechnung des Uebernehmerstaates Vorschüsse zu leisten. Deutschland verliert also nicht nur die Einnahmen aus O. S., obgleich es die Kosten der deutschen Verwaltung weiter tragen muß, sondern muß noch gutes Geld dazugeben, um eventuell das bankerotte Polen als Schuldner dafür zu erhalten. Diese Bestimmung findet sich neben viel ungeheuerlicheren in dem Pariser Abkommen zur Ausführung des F. V. vom 9. 1. 1920, das unter der Drohung, die für den nächsten Tag angesetzte Ratifizierung des F. V. würde unterbleiben, den Deutschen im wahrsten Sinne des Wortes abgepreßt worden ist. Nach Art. 90 F. V. hat Polen aus den ihm zugesprochenen Teilen von O. S. während 15 Jahren die abgabenfreie, unbeschränkte Ausfuhr von Bergwerkserzeugnissen zu gestatten. Das klingt sehr brav, aber jetzt kommt wieder die Falle. Diese Erzeugnisse müssen doch erst gekauft werden, und in dieser Beziehung ist Polen lediglich verpflichtet, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen (dieser Kautschukbegriff paßt großartig für das ehrliche Polen) damit der Verkauf der verfügbaren (dieses Wort ist eine besondere Falle!) Grubenerzeugnisse an Käufer in Deutschland unter ebenso günstigen Bedingungen erfolgt, wie unter entsprechenden Bedingungen (auch dieser Ausdruck läßt Auslegungskünsten weiten Spielraum) an Käufer in Polen oder anderen Ländern. So droht O. S. und Deutschland in dem F. V. Falle auf Falle. Es erscheint nicht zweckmäßig, auf weitere hinzuweisen, die sich zahlreich in dem Abschnitt Finanzielle Bestimmungen vorfinden, wenn auch nach den bisherigen Erfahrungen wenig Aussicht besteht, daß die Entente irgend eine zum Schaden Deutschlands auszunutzen unterlassen wird.

Der deutsche 92-Milliarden-Etat.

Geringe Ersparungen. — Große Mehraufwendungen. Gerechte Verteilung der Reichsaufträge auf die Länder.

In einer Reichsratssitzung wurde nach Erledigung kleinerer Vorlagen der Entwurf eines Gesetzes angenommen, das die Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter, die im Oktober d. J. abläuft, verlängern will, weil die schwierige Lage der Kriegsbeschädigten sich noch keineswegs gebessert hat. Ueber den Entwurf des Reichshaushaltes für das Rechnungsjahr 1920 erstattete Geheimrat Sachs im Auftrage zahlreicher Ausschüsse eingehenden Bericht. Er teilte u. a. mit, daß der Etat mit rund 92 Milliarden Mark balanziert. Es sind zwar einige Abstriche bei den Ausgaben vorgenommen worden, aber dem stehen auf der anderen Seite sehr erhebliche Mehraufwendungen gegenüber. Insbesondere sind weitere 12 Milliarden Mark durch Aufwendungen für die feindlichen Besatzungsheere hinzugekommen. Die gesamten Streichungen betragen dagegen nur 604 Millionen Mark. Sie sollen aber, wie Geheimrat Sachs mit Nachdruck hervorhob, den ernsten Willen einer Verminderung der Ausgaben durch möglichste Sparsamkeit auf allen Gebieten bekunden. Neben der Streichung von Beamtenposten und Verminderung anderer Aufwendungen in den einzelnen Verwaltungen sollen besonders die Pressausgaben eingeschränkt werden. Von dem großen Defizit des Reichshaushaltes im Betrage von 67 Milliarden Mark entfallen 30 Milliarden auf Eisenbahn- und Postverwaltung. Von dem Rest müssen 20 Milliarden noch auf dem Anleihewege aufgebracht werden. Die elsaß-lothringischen Beamten, die noch besoldet werden müssen, sollen baldigst auf die verschiedenen Verwaltungen in den einzelnen Landesteilen verteilt werden.

Es wurde auch ein Antrag angenommen, eine besondere Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, über alle Anschaffungen des Reiches einen Ueberblick sich zu verschaffen, um für eine gerechte Verteilung der Reichsaufträge auf die verschiedenen Landesteile Sorge zu tragen. Endlich wurde beschlossen, daß in Zukunft alle Ueberschreitungen der Etatsätze der Zustimmung des Reichsfinanzministers bedürfen. Reichsminister Geßler teilte mit, daß infolge der katastrophalen Finanzlage des Reiches auch im Etat des Reichswehrministeriums erhebliche Streichungen vorgenommen werden mußten. Weitere Einschränkungen seien aber abhängig von der inneren Lage, da das Heer heute eine Polizeitruppe sei und die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern seine Kräfte aufs äußerste in Anspruch nehme. Von den sonstigen kleinen Vorlagen ist noch zu erwähnen, daß eine Verbilligung des Branntweins zugunsten der Parfümeriefabriken beschlossen wurde, um diese auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu erhalten.

Der Sonderetat von 41 Milliarden genehmigt.

Gestern wurde in einer Kabinettssitzung der Sonderetat für 1920 von 41 Milliarden Mark für die Erfüllung des Versailler Vertrages genehmigt. Diese Summe umfaßt außer den laufenden Entschädigungen für Kriegsschäden, Pensionen usw., vor allen die Lasten für Wiedergutmachung und Besatzung. Die Besatzungskosten haben allein mit 15 Milliarden in den Etat eingestellt werden müssen. Wie wir erfahren, reicht diese Summe nicht einmal zur Deckung aus. Es wird wahrscheinlich notwendig werden, sich vom Reichstag einen Nachtragskredit bewilligen zu lassen.

Die Wirkungen des Spa-Diktats.

Der Reichskohlenrat beriet über die Lage unserer Kohlenversorgung und die Wirkung des Spa-Abkommens, sowie über die Sozialisierungsfrage. Generaldirektor Koengeter führte aus, daß im ersten Monat des Abkommens die vorgeschriebenen Mengen vollgeliefert worden seien, mit Ausnahme eines Rückstandes von 27 900 Tonnen, die für Italien bestimmt waren, während im September bei den westlichen Kohlenrevieren ein kleiner Rückstand eingetreten ist. Die außerordentlich gewaltige Leistung, die Deutschland mit der Aufbringung dieser Mengen bisher vollbracht hat, zeigt, daß es uns mit der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen bitter ernst ist. Sie haben aber auch besonders im Auslande den Eindruck erweckt, als ob uns diese Leistung bisher verhältnismäßig leicht geworden wäre, und daß die erwarteten Wirkungen auf die deutsche Kohlenversorgung und auf die deutsche Wirtschaft überhaupt nicht eingetreten wären. Zum Beweise dafür, daß diese Annahme durchaus unberechtigt ist, gab der Redner einen Ueberblick über

den Rückgang der deutschen Kohlenversorgung.

So hat der Reichskohlenkommissar den Eisenbahnen die nötigen Wintervorräte nicht zuführen können. Die Eisenbahn hat vielmehr in den letzten Monaten nur die laufenden Bedarfsmengen erhalten können, so daß der Vorrat der Eisenbahn heute nicht höher ist als im Sommer. Die Eisenbahnen haben in Norddeutschland für etwa 26 Tage Vorräte, während ein solcher für mindestens 36 Tage vorgesehen war. Die Eisenbahnen in Süddeutschland verfügen über einen etwas höheren Bestand, was durch die schwierigeren Versorgungsverhältnisse bedingt werde. Die Wirkungen der Ablieferung der 2 Millionen Tonnen werden sich erst in ihrer ganzen Schwere zeigen, wenn wir einen hartnäckigen Winter bekommen. Besonders fühlbar sind aber bereits jetzt die Folgen der Ablieferung bei allen Industriewerken, die nur auf bestimmte Kohlensorten angewiesen sind. Die deutsche Industrie ist eifrigst bemüht, sich auf minderwertige Brennstoffe, insbesondere auf Rohbraunkohle, umzustellen. Die Erwartungen auf die Wirkung dieser Umstellung dürfen aber nicht überspannt werden.

Nach einer Erörterung der finanziellen Wirkung der Kohlenlieferungen an die Entente zog Generaldirektor Koengeter einen

Vergleich zwischen der Kohlenversorgung Deutschlands und Frankreichs

auf Grund von Mitteilungen des französischen Arbeitsministers in einem französischen Blatte. (Wir haben über diese Angaben seinerzeit bereits berichtet. D. Red.) — Der Reichskohlenrat trat weiterhin in eine Aussprache ein über

die [illegible]

Die Vertreter der Unternehmer, Verbraucher und des Handels sprachen sich gegen die Sozialisierung aus, während die Vertreter der Arbeiter und Betriebsbeamten dafür eintraten. Es wurde dann eine aus 15 [illegible]